V-11-001: Keine weitere Zusammenarbeit mit Signa in Berlin

Antragsteller*innen Julian Schwarze (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Von Zeile 1 bis 10:

Ob Insolvenzanträge, Korruptionsermittlungen, Milliardenverluste, Warnungen der Europäischen Zentralbank, Baustopps und drohende Bauruinen - die aktuellen Entwicklungen rund um Signa haben sich seit einer ganzen Weile abgezeichnet. Warnungen und Alarmsignale gab es mehr als genug. Leider hat der Berliner Senat die Probleme bei Signa zu lange ignoriert. Die Ereignisserund um den Signa-Konzern und seine Tochterunternehmen in den letzten Wochen und Monaten sowie der Ende November eingereichte Insolvenzantrag der Signa-Holding zeigen einmal mehr, dass Signa kein verlässlicher Partner ist, weder im Bereich Stadtentwicklung, noch wenn es um Kaufhäuser und Einzelhandel geht.
~~Wir fordern, dass alle städtebaulichen Vorhaben, welche durch die Signa-Gruppe bzw. ihre Tochterunternehmen in Berlin in Planung bzw. Umsetzung sind, auf den Prüfstand gestellt werden und weitere Planungsschritte, die auf die Schaffung von Baurechten abzielen, ausgesetzt werden. Solch ein Moratorium zur Aussetzung der Planungen muss auch für die im Letter of Intent zwischen Signa und Land Berlin genannten Vorhaben gelten, insbesondere am Kurfürstendamm und Hermannplatz.~~Es ist höchste Zeit, im Umgang mit Signa jetzt einen Paradigmenwechsel einzuleiten. Es ist gut, dass der Senat letztlich unserer Forderung gefolgt ist, alle städtebauliche Vorhaben der Signa-Gruppe, welche in der Zuständigkeit des Landes in Planung bzw. Umsetzung sind, zu stoppen. München ist diesen Weg schon vor Wochen gegangen. Weitere Planungsschritte, die auf die Schaffung von Baurechten abzielen, müssen ausgesetzt bleiben. Das gilt insbesondere auch für die im Letter of Intent zwischen Signa und Land Berlin genannten Vorhaben, insbesondere am Kurfürstendamm und Hermannplatz.

Statt die Interessen von Signa in den Mittelpunkt zu stellen, müssen die Bedürfnisse der Nachbarschaft und der Kaufhaus-Beschäftigen Grundlage für die weiteren Planungen sein. Umso wichtiger ist es jetzt, dass konkrete Maßnahmen ergriffen werden, wie die Kaufhäuser ohne Signa funktionieren und die Arbeitsplätze gesichert werden können. Der Senat hat aber versäumt, notwendige Schritte auf den Weg zu bringen, um auf das drohende Signa-Aus vorbereitet zu sein. Den Beschäftigten in den Kaufhäusern droht schlimmstenfalls Arbeitslosigkeit, den Einkaufsstraßen langer Leerstand und viele Signa-Geschäftspartner*innen drohen auf ihren Kosten sitzen zu bleiben. Zudem besteht die

Gefahr, dass hunderte Millionen Euro an staatlichen Subventionen verloren sind. Schon längst hätten durch den Senat alternative Planungsszenarien auf den Weg gebracht werden müssen. Hierzu können Ideenwerkstätten unter anderem unter Beteiligung der Beschäftigten und der Anwohner*innen sowie der betroffenen Bezirke eine gute Möglichkeit sein.

Von Zeile 14 bis 15 einfügen:

Kaufhof GmbH von 2020 war richtig und bestätigt sich durch die aktuellen Entwicklungen umso mehr. Der LOI kann angesichts der Insolvenz der Signa-Holding keine Grundlage mehr für die Stadt Berlin sein.

Von Zeile 17 bis 33:

für Signa und seine Tochterunternehmen zu schaffen, um durch massive Bodenwertsteigerungen einem ~~offensichtlich angeschlagenen Immobilienspekulanten zusätzliche Renditen zu ermöglichen. Hinzu kommt, dass angesichts der berichteten finanziellen Probleme bei Signa das Risiko von Bauruinen besteht. Der Baustopp des Hamburger Elbtowers aufgrund von Zahlungsschwierigkeiten seitens Signa ist hier mahnendes Beispiel.~~insolventen Immobilienspekulanten oder seiner Nachfolger*innen zusätzliche Renditen zu ermöglichen. Angesicht der Insolvenz von Signa und verschiedener Tochterunternehmen besteht das Risiko von Bauruinen. Der Baustopp und die Situation rund um den Hamburger Elbtower ist hier mahnendes Beispiel.
~~Es ist offensichtlich, dass der Signa-Konzern weitere Projekte verkaufen wird, um Umsätze zu generieren. Der Verkauf des Hochhauses am Alexanderplatz wird kein Einzelfall bleiben. Medienberichten zufolge musste alleine die Signa Prime Selection, die wichtige Bestandimmobilien des Signa-Imperiums umfasst, ihr Immobilienportfolio um mehr als eine Milliarde Euro abwerten. Mittlerweile soll auch die Europäische Zentralbank (EZB) Geldhäuser mit bestehenden Engagements bei Signa dazu gedrängt haben, diese Darlehen entweder zum Teil abzuschreiben oder weitere Vorsorgen für potenzielle Verluste zu treffen.~~
Es ist zu erwarten, dass der Signa-Konzern aufgrund der Insolvenzen weitere Projekte und Tochterfirmen verkaufen wird. Der Verkauf des Hochhauses am Alexanderplatz oder des Projekts "Beam" werden keine Einzelfälle bleiben.
Das Land Berlin darf diese Art von Geschäftsmodellen in der Immobilienbranche nicht weiter unterstützen. ~~Signa geht es um~~Das Signa-Geschäftsmodell verfolgt das Ziel, die ~~Versilberung der~~ eigenen Immobilienbestände ~~und um eine~~zu versilbern für maximale ~~Rendite~~Renditen zu Lasten der Beschäftigten. Dafür brauchen sie Baurecht. Stadtentwicklung darf sich aber nicht abhängig machen von fragwürdigen Geschäftsmodellen - egal ob von Signa oder von anderen Unternehmen. Der Senat muss nun alles tun, um einen ~~möglichen~~ Schaden von Berlin abzuwenden.

Begründung
Aktualisierung des Antragstextes aufgrund der aktuellen Entwicklungen.

Unterstützer*innen
Katrin Schmidberger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Bahar Haghanipour (KV Berlin-Kreisfrei), André Schulze (KV Berlin-Neukölln), Catrin Wahlen (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Christoph Wapler (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Martin Reents (KV Berlin-Kreisfrei), Vito Dabisch (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Antje Kapek (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Sarah Jermutus (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Susanna Kahlefeld (KV Berlin-Neukölln)